Heute „Technische Rundschau"

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Goldpfennig.

Erscheint wöchentlich zweimal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Moden-Spiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „U.T.". „Haus und Garten", „Jede Woche Mutter". Bezugspreis: wöchentlich 1,25 Goldmark einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 Goldmark monatlich exkl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition und die Postanstalten in Deutsch-Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 2440—2455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlidia", Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 334, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. Anzeigenpreis: Die 1spaltige Zeile 1 Goldmark. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 35; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 87/88; Rathenower Straße 8; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Reichsstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Wilhelmstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Fennstraße 1; Müllerstraße 135; Badstraße 61; Rheinsberger Straße 79; Charlottenburg: Lauenzienstraße 2; Kantstraße 54; Schorrenstr. 59; Nürnberger Straße 15/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstraße 13; Halensee-Grunewald: Hektorstraße; Lichterfelde: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 14; Schöneberg: Hauptstraße 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Kaiserstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 18. In der Provinz: Brandenburg a. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/23; Chemnitz: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Brückenstr. 23; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 514
Ausgabe für Berlin

53. Jahrgang
Mittwoch, 29. Oktober 1924

## Heute Wahltag in England.

### Die Hetze gegen MacDonald.

**Lord Haldane von der Unechtheit des Sinowjew-Briefes überzeugt. — Eine polnische Fälschung?**

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London**, 28. Oktober.

Die interessanteste der Reden, mit denen die englische Wählerschaft heute am Vorabend des Wahltages bombardiert wird, ist die des Kolonialministers in Derby, da sich hierin einige Andeutungen über die Politik der Regierung nach dem Zusammentritt des Parlaments am 18. November finden. **Die Regierung werde,** so führte Minister Thomas aus, **nicht demissionieren,** sondern mit einer Thronrede, in der sie ihre Politik darlege, vor das Parlament treten. Ungefähr am 24. November werde man sehen, welches politische Spiel gespielt werde. Die Demokraten, sagte Thomas, würden im Parlament zur Abstimmungsurne schreiten müssen. Hierbei müßten sie nicht nur sagen, daß sie die Arbeiterpartei beseitigen wollen, sondern auch, wen sie an ihre Stelle setzen wollen. Dies werde eine interessante Abstimmung ergeben.

Die **ersten Wahlergebnisse** dürften morgen abend zwischen 10 und 11 Uhr bekannt werden. Es ist anzunehmen, daß bis 3 Uhr morgens 224 Wahlergebnisse vorliegen. Die weiteren 341 werden im Laufe des Donnerstag eintreffen. Die Zahl der bereits feststehenden Wahlergebnisse beträgt rund 50. Was die Wahlaussichten betrifft, so scheinen eigentlich nur über die der **Konservativen keine** Zweifel zu bestehen, und zwar gelten die Aussichten der Konservativen als außerordentlich günstig. Die Wetten auf eine absolute konservative Majorität stehen auf 75. Dagegen herrscht eine ziemliche Ungewißheit darüber, wie die Liberalen und die Arbeiterpartei abschneiden werden. Der liberale „Star" gibt heute folgende Schätzung einer unabhängigen Persönlichkeit wieder: Konservative 304, Arbeiterpartei 159, Liberale 145. Nach Ansicht dieses Gewährsmannes sei es äußerst fraglich, wer als zweitstärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorgehen werde.

Die gestrige Rede des Premierministers hat in der Morgenpresse einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, an dem sich die arbeiterfreundlichen „Daily News" und die sonst so versöhnliche „Westminster Gazette" beteiligen. Die Stimme des „Daily Herald", der einzigen Zeitung der Arbeiterpartei, die zugleich die kleinste Londons ist, verhallt in diesem Aufruhr. Man macht dem Premierminister vor allem den Vorwurf, daß er die Verantwortung von sich auf die Beamten des Foreign Office abwälzen wolle, ein Fall, den man seit Jahrzehnten hier in England nicht erlebt habe. Die Blätter suchen sich geradezu zu überbieten, MacDonald mit Schmutz zu bewerfen. Andererseits **erklärte gestern Lord Haldane, daß er von der Unechtheit des Briefes überzeugt sei.** Unvoreingenommen urteilend, muß man zwar feststellen, daß im Augenblick die Frage der Echtheit des Briefes noch nicht unzweideutig feststeht, daß aber der Ton, den die konservativen und liberalen Blätter DacDonal gegenüber anschlagen, ein durchaus unwürdiger ist.

Das Auswärtige Amt hüllt sich neuerlich über die ganze Angelegenheit in tiefstes Schweigen. MacDonald hat heute noch einmal in seinem Wahlkreis Abreadon die Behandlung des Falles Sinojew durch die Regierung auf das ausdrücklichste verteidigt. Die Regierung habe keinen Grund, sich irgendwie zu schämen oder um Entschuldigung zu bitten. Während der Premierminister auch heute wieder Zweifel an der Echtheit des Briefes ausdrückt, will „Evening News" aus guter Quelle erfahren haben, daß die Regierung das Angebot Sinojews, ein unparteiisches Schiedsgericht mit der Untersuchung über die Echtheit des Briefes zu beauftragen, nicht annehme. Sinowjew selbst hat neuerdings verlauten lassen, daß es sich um eine polnische Fälschung handele.

**Moskau**, 28. Oktober. (W. T. B.)

Bei einer Unterredung mit Pressevertretern erklärte Sinowjew u. a., der ihm zugeschriebene Brief vom 15. September 1924 sei eine Fälschung vom ersten bis zum letzten Wort. Die Enthüllung des angeblichen Briefes des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale sei mit der Berechnung gemacht, daß die Antwort des Komitees infolge der Nähe der Wahlen nicht zeitig genug einlaufen könne. Es sei nicht schwer zu verstehen, warum einige Führer des liberal-konservativen Blocks zu einem solchen Mittel griffen wie die Dokumentenfälschung. Es sei aber schwer zu verstehen, warum das „Foreign Office", das sich noch unter der Führung MacDonalds befinde, es nicht verschmäht habe, eine so grobe Fälschung anzuwenden. Sinowjew fuhr fort: „Wir unsererseits schlugen vor, daß die Angelegenheit des angeblichen Briefes durch englische Gewerkschaftler untersucht werde, indem eine Kommission, die vom Generalrat der englischen Gewerkschaften ernannt werden soll, alle Dokumente verlange und ihre Entscheidung treffe, die wir bedingungslos anerkennen werden. Durch diesen Vorschlag hoffen wir am besten, allen Unparteiischen zu beweisen, daß wir die Untersuchung dieser Angelegenheit nicht fürchten, und daß das uns zugeschriebene Dokument eine Fälschung ist."

### Die Anerkennung Sowjetrußlands durch Frankreich.

**Uebermittlung der französischen Note an Tschitscherin.**

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**Paris**, 28. Oktober.

Herriot ist heute morgen in Paris eingetroffen und direkt vom Bahnhof nach dem Quai d'Orsay gefahren. Herriot hat, ohne sich auszuruhen, die durch seine Reise nach Lyon unterbrochenen Beratungen wieder begonnen. Voraussichtlich wird heute abend die Anerkennung Sowjetrußlands durch Frankreich eine vollzogene Tatsache sein. Das Dokument, das diese Anerkennung ausspricht, ist von der Studienkommission unter dem Vorsitz des Senators de Monzies redigiert, aber von Herriot und seinem nächsten Mitarbeiter noch einmal geprüft und in seiner endgültigen Fassung fertiggestellt worden. Es ist nach den bisher vorliegenden Informationen wahrscheinlich, daß die Anerkennung Rußlands sich einfach darauf beschränkt, die Existenz der Republik zu konstatieren und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland als notwendig und somit als wünschenswert zu bezeichnen. Alle Verhandlungen über politische und finanzielle Fragen werden erst erfolgen, wenn die Botschafter in Paris und Moskau ernannt worden sind. Als Botschafter Rußlands wurde heute früh Rakowski mit Sicherheit genannt. Die Nachmittagsblätter teilen aber mit, daß wahrscheinlich Kamenew der Vertreter Rußlands in Paris werde. Die Ernennung des früheren „Temps"-Redakteurs, Jean Herbette, zum Botschafter in Moskau wurde mittags am Quai d'Orsay noch nicht offiziell zugegeben, aber von dem Privatsekretär Herriots als höchst wahrscheinlich bezeichnet. Die Ernennungen werden sofort erfolgen, sobald die Noten zwischen Frankreich und Sowjetrußland ausgetauscht worden sind. Der „Temps" teilt mit, daß sich die offizielle Anerkennung der Sowjetregierung „wahrscheinlich" in folgender Weise vollziehen werde: Herriot wird die Note telegraphisch dem Volkskommissar Tschitscherin übermitteln. **Das Telegramm ist nach der Information des „Temps" in den ersten Nachmittagsstunden abgeschickt worden,** nachdem Herriot eine neue Unterhaltung mit den Mitgliedern der Studienkommission gehabt hat. Falls die Antwort der Moskauer Regierung bis heute abend eingetroffen ist, werden beide Noten amtlich mitgeteilt werden. Der „Temps" fügt hinzu: „Wir wollen bemerken, daß die französische Regierung die Sowjetregierung zwar ohne Bedingung anerkennt, sich aber formell das Recht vorbehält, die für Frankreich bestehenden Verpflichtungen und Verträge in jeder Beziehung zu wahren." Ueber die Wiederaufnahme der Beziehungen wird nach der Meinung des „Temps" erst dann zu sprechen sein, wenn noch gewisse Bedingungen, die sich auf die Anerkennung der Forderungen Frankreichs beziehen, erfüllt worden sind.

### Die „dritte Feststellung."

**„Die wirtschaftliche und fiskalische Einheit Deutschlands wiederhergestellt."**

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**Paris**, 28. Oktober.

Gemäß dem Artikel 3 des Anhanges III zum Londoner Protokoll haben die französische und belgische Regierung die Reparationskommission davon in Kenntnis gesetzt, daß die wirtschaftliche und fiskalische Einheit des Deutschen Reiches wiederhergestellt ist. Diese Notifizierung ist in dem vorgesehenen Zeitraum von 14 Tagen nach der zweiten Feststellung, die am 13. Oktober stattfand, erfolgt. Die Reparationskommission hat darauf heute nachmittag eine Sitzung abgehalten, um zu verkünden, daß das Protokoll für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Einheit des Reiches vollkommen zur Ausführung gelangt ist.

### Owen Young für die Präsidentschaft Davis.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

**New-York**, 28. Oktober.

Reparationsagent Owen Young hat an eine frühere führende demokratische Persönlichkeit ein Telegramm gerichtet, in dem er sich zur demokratischen Sache bekennt und die Wahl Davis' zum Präsidenten entschieden befürwortet. Das Telegramm erregt darum besonderes Aufsehen, weil bekanntlich die republikanische Partei den Dawes-Plan stets als Hauptbeweisstück für ihre außenpolitischen Erfolge anführt. Da aber Owen Young der eigentliche Verfasser und spiritus rector des Planes ist, bedeutet seine Depesche für die Republikaner eine einigermaßen peinliche Ueberraschung.

## Clemens Delbrücks Erinnerungen.

**Die Konservativen. — Ludendorffs Zusammenbruch.**

Die Aufzeichnungen Clemens v. Delbrücks sind von seinem Sohne, Joachim v. Delbrück, zusammengestellt, klug und warmherzig erläutert und soeben im Verlag für Kulturpolitik in München herausgegeben worden. Das Buch ist betitelt: „Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914", aber dieser Titel umgrenzt den Inhalt zu eng und sagt nicht genug. Der ehemalige Oberbürgermeister von Danzig, Oberpräsident, Staatssekretär des Reichsamtes des Innern und Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts hat in den Tagebuchblättern nicht nur seine wirtschaftlichen Mobilmachungsmaßnahmen geschildert — die nach seiner Darstellung oft vom Reichskanzler, dem Reichsschatzsekretär und später den militärischen Machthabern durchkreuzt wurden —, sondern auch die politischen Vorgänge vor und während der Kriegszeit berührt. Vieles in seinen Aufzeichnungen ist lehrreich auch für die Gegenwart. Delbrück erscheint in dem Buche so, wie man ihn gekannt hat: als ein wohlwollender, vornehmer, gemäßigt konservativer Mann, der die antisoziale Selbstsucht der Konservativen scharf verurteilte und in diesen Kreisen von Mißtrauen und Haß umgeben war. Besonders die Agrarier haßten ihn, und während des Krieges forderte er — wie man aus den ergänzenden Mitteilungen des Sohnes erfährt — den Vorsitzenden der schlesischen Landwirtschaftskammer, den Herrn v. Klitzing-Nieder-Zauche, der ihm sehr „klammacherische" Aeußerungen angedichtet hatte, zum Duell, worauf der Herr v. Klitzing-Nieder-Zauche alles in schriftlicher Form widerrief.

Aus einem Abschnitt „Die Regierung und die Konservativen" kann man — was schon zu sehr vergessen worden ist — ersehen, wie vor dem Kriege die Konservative Partei bei den Militärvorlagen sich gegen jedes Opfer, das ihre Kreise hätten mittragen müssen, sträubte, die Erbschaftssteuer bekämpfte und stets bemüht war, die Deckungsvorlagen zu Fall zu bringen. Delbrück weist darauf hin, daß ohne eine Steuer auf den Besitz die Heeresvermehrung nicht zu haben war, daß alle Parteien, außer der konservativen, auch die Finanz- und Handelswelt, dazu bereit waren, und daß „die Presse fast aller Richtungen" — die konservative ausgenommen — diese Forderung vertrat. Er konstatiert, daß die Regierungen fortwährend um die Gunst der Junker geworben und dadurch ihr Machtgefühl gesteigert hätten, und daß sich „schon die Neuordnung des Staates und der Armee nach dem Zusammenbruch von 1806 unter dem heftigsten Widerstand der „Junker" vom Schlage des Generals von der Marwitz vollzog." Er betont gleichwohl die Verdienste früherer konservativer Generationen um den Staat und datiert den geistigen Niedergang der Konservativen Partei von dem Tage an, wo der Bund der Landwirte die Führung übernahm:

„Nicht mehr die Einsicht der Führer, sondern **die Schlagworte bezahlter Agitatoren** beherrschten die Fraktion im Reiche wie in Preußen. War das aber so, so war es nicht mehr gerechtfertigt, der Konservativen Partei einen besonderen Einfluß auf die politischen Entschließungen der Regierung einzuräumen, und **es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß es irgend einem Staatsmann gelingen sollte, durch höfliche Rücksichtnahme die Unterstützung der Konservativen für eine gemäßigt-konservative Politik zu gewinnen."**

Es ist ein Irrtum — in dem gerade jetzt wieder die verbohrten Anhänger des „Bürgerblocks" befangen sind. Die Deutschnationalen sind von den „Schlagworten bezahlter Agitatoren", vom Landbund und ähnlichen Organisationen noch weit mehr beherrscht, als es die „Konservativen" waren, und Clemens Delbrück, der nach dem Kriege eine Zeitlang auch der Deutschnationalen Partei angehörte, hat sie kennen gelernt!

Delbrück erzählt, vielleicht ein wenig zu umständlich, die Reisen, die er während des Krieges in die besetzten Gebiete unternahm. Im „Land Ober-Ost" hatte er günstige Eindrücke, aber an den Tafeln der Offiziere „wurde laut und leidenschaftlich politisiert" und die innere Politik des Reichskanzlers Bethmann so heftig angegriffen, daß Delbrück mitunter in eine peinliche Lage geriet. In Belgien herrschte zwischen den einzelnen deutschen Okkupationsbehörden, zwischen Militär und Verwaltung, Oberen und Unteren, ewiger Zank und Streit. Als Grund seines Ausscheidens aus dem Reichsamt des Innern bezeichnet Delbrück, der seine Notizen noch während des Krieges niederschrieb und sich deshalb zu schonendem Schweigen verpflichtet fühlte, seinen mißlichen Gesundheitszustand, aber aus den Mitteilungen des Sohnes geht hervor, daß er „Kriegsministerium und Oberste Heeresleitung sich zu Feinden machte", die das zivile Reichsamt ausschalten wollten, und deren Absicht, die Wirtschaftsdiktatur an sich zu reißen, auf seinen energischen Widerstand stieß.

Obgleich nur knapp, sind Delbrücks Aufzeichungen über die letzte Periode des Krieges höchst interessant. Sie zeigen, wie hundert ähnliche Darstellungen, wie so ziemlich alle Niederschriften der berufensten Zeugen, die unheil-